



# Solidarität

## Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis monatlich 0,30 Goldmark ohne die Bestellgebühr. - Anzeigen: die 3 gespaltene Petitzeile 0,50 Goldmark, Todes- und Verjammlungsanzeigen die Zeile 0,10 Goldmark - Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

### Mitteilungen des Verbandsvorstandes.

Auf Grund der Bestimmungen des § 18 Ziffer 2 des Verbandsstatuts wird hiermit der

### VIII. ordentliche Verbandstag

zum Montag, den 29. Juni 1925 und folgende Tage nach Hamburg, „Gewerkschaftshaus“, Bejenbinderhof 57,

einberufen.

Anträge der Fachstellen sind bis spätestens 4. April 1925 beim Verbandsvorstand einzureichen; später eingehende Anträge können nicht mehr richtigemäß veröffentlicht und daher nicht berücksichtigt werden.

Die Bekanntgabe der Delegiertenzahl sowie die Veröffentlichung der Wahloorschriften erfolgt am 2. Mai.

Der Verbandsvorstand.  
E. Pucher, 1. Vorsitzender.

### Der Ruhrenschädigungsstand.

Die deutsche Reichsregierung hat der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie rund 700 Goldmillionen als Entschädigung überwiesen. Diese Liebesgabe macht ungefähr den zehnten Teil des Gesamtinkommens des Reiches aus Steuern, Zöllen und Abgaben im Laufe eines Jahres, mehr als die Ausgaben Frankreichs und Belgiens für den Ruhrkrieg und fällt den Beitrag der Danes-Auslandsanleihe aus. Sie wird aus den Steuererträgen des Volkes bezahlt werden müssen und die Ironie des Schicksals will es, daß die wirklichen Opfer des Ruhrkampfes, die Arbeiter, Beamten und Angestellten in Rheinland und Westfalen, die den Ruhrkrieg noch lange nicht überwunden haben und schwer unter der Industrierkrise leiden, aufs neue belastet werden. An sie, die wirklichen Helden an der Ruhr, von denen der Ausgang des Riesenkampfes abhing, hat diese Regierung nicht gedacht, als sie den Großen die Liebesgabe gab. Diese Regierung stellt sich damit auf eine Stufe mit jener Schwerindustrie, die bei den Massen, als der Ruhrkampf abgeklungen wurde, den Eindruck hinterließ, daß sie nicht handelte, wie es einem redlichen Mitkämpfer um die Freiheit des Bodens und die Freiheit der Arbeit zutem.

Die Regelung zwischen der Industrie und der Regierung wurde in aller Heimlichkeit getroffen: als die Millionen schon ausbezahlt wurden, erfuhr das deutsche Volk, das sie bezahlen mußte, in einer harmlosen Zeitungsnotiz nichtig für den den getroffenen Abmachungen. Erst auf energische Vorstellungen der Arbeitervertreter wurde die ungewöhnliche Tatsache bekannt. Wie die Abmachungen im einzelnen aussehen, ist heute noch dunkel. Schwerindustrie und Geheimratsbureaunkräfte haben eben die Köpfe zusammengesetzt und den Steuerzahlern diktiert. Die Angelegenheit erscheint selbstverständlich in keinem günstigen Licht, wenn man hört, daß ein bekannter Regierungsbeamter, der an dem Abkommen an erster Stelle mitgearbeitet hat, demnachst eine leitende Stelle im Reichsverband der deutschen Industrie übernehmen soll.

Wie groß muß der Einfluß der Schwerindustrie auf diese Regierung sein, wenn sie solche Dinge im Handumdrehen beifügt? Damit wird aber ein sehr dunkler Punkt in unserem Staats- und Wirtschaftsleben überhaupt berührt. Man hat jahrelang in Deutschland von einer gewerkschaftlichen Nebenregierung fabuliert. Man meinte damit die Aktionen der Gewerkschaften um Beseitigung wirtschaftlicher Mißstände oder Durchführung durch Gesetz festgelegter Rechte der Arbeiterschaft. Die Leute aber, die mit dem Märchen von der Nebenregierung der Gewerkschaften ihre politischen Wünsche machten, vergaßen, daß Deutschland heute eine Schwerindustrie hat, daß diese von einer Handvoll Leuten beherrscht wird und daß diese Herrscher heute in Deutschland wirklich regieren. Sie sind die Hauptregierung - nicht zum Vorteil Deutschlands, nicht zum Vorteil der deutschen Wirtschaft. Diese Industrieherren, die es während der Inflation selbst hatten, mit wirtschaftlichen Erfolgen zu prunkten, die auf alles, Staats- und Gemeindebetriebe, das nicht mit Stimmensmethoden arbeitete, mitteilbar herumerblickten, haben sich während der Wirtschaftskrise absolet nicht als die großen Wirtschaftskritiker hervorgetan. Wie oft wurde nicht das eigene Profitinteresse über die Bedürfnisse der Wirtschaft gestellt, so daß mancher in Deutschland, der früher mal dem Märchen von der gewerkschaftlichen Nebenregierung Glauben schenkte, sich jetzt, nachdem er klar sah, ehrlich gestand, daß mehr gewerkschaftliche Nebenregierung nur am Platze sein dürfte. Das liegt in der Natur der Sache: während der Privatkapitalist nur auf den Profit sieht, müssen die Gewerkschaften das Wohl der Gesamtwirtschaft im Auge behalten, von der ja die ganze Arbeiterschaft, die sich in den Gewerkschaften

### Tarifliche Mindestlöhne für das Buch- und Zeitungsdruckereihilfspersonal, gültig ab 28. Februar 1925

#### Männliche Hilfsarbeiter.

Ortszugehörigkeit	über 24 Jahre		21-24 Jahre		19-21 Jahre		17-19 Jahre	
	Wochenlohn	Stundenlohn	Wochenlohn	Stundenlohn	Wochenlohn	Stundenlohn	Wochenlohn	Stundenlohn
0 Prozent	27,72	58	23,52	49	21,-	44	17,64	37
2 1/2	28,41	59	24,11	50	21,58	45	18,08	38
5	29,11	61	24,70	51	22,05	46	18,52	39
7 1/2	29,80	62	25,28	52	22,52	47	18,96	40
10	30,49	63	25,87	53	23,00	48	19,40	41
12 1/2	31,19	65	26,46	55	23,68	49	19,85	42
15	31,88	66	27,05	56	24,15	50	20,29	43
17 1/2	32,57	68	27,64	58	24,68	51	20,73	44
20	33,26	70	28,22	59	25,20	52	21,17	45
22 1/2	33,95	71	28,81	60	25,73	53	21,61	46
25	34,65	72	29,40	61	26,25	54	22,05	47
Hannover	35,28	74	30,24	63	27,22	57	23,18	48
Dresden, München, Stuttgart	36,02	75	30,87	64	27,78	58	23,67	49
Berlin, Frankfurt a. M., Köln, Hamburg, Leipzig	36,75	77	31,50	66	28,35	59	24,15	50

#### Weibliche Hilfsarbeiter.

Ortszugehörigkeit	Anlegerinnen			Hilfsarbeiterinnen		
	über 21 Jahre	19-21 Jahre	17-19 Jahre	über 21 Jahre	19-21 Jahre	17-19 Jahre
0	18,82	17,47	15,79	15,12	18,78	12,43
2 1/2	19,29	17,91	16,19	15,50	19,12	12,74
5	19,76	18,35	16,58	15,88	19,46	13,05
7 1/2	20,23	18,78	16,98	16,25	19,81	13,36
10	20,70	19,22	17,37	16,63	20,15	13,67
12 1/2	21,17	19,65	17,77	17,01	20,50	13,98
15	21,64	20,08	18,16	17,39	20,84	14,30
17 1/2	22,11	20,53	18,56	17,77	21,19	14,61
20	22,58	20,97	18,95	18,14	21,53	14,92
22 1/2	23,05	21,40	19,35	18,52	21,88	15,23
25	23,52	21,84	19,74	18,90	22,22	15,54
Hannover	24,00	22,28	20,14	20,16	22,55	15,85
	25,11*	23,40*	21,40*	20,58*	23,89*	17,29*
	25,62†	23,84†	21,84†	21,-†	24,24†	17,64†

\* Dresden, München, Stuttgart.

† Berlin, Frankfurt a. M., Köln, Hamburg, Leipzig.

In Orten bis einschließlich 10 Prozent Ortszugehörigkeit, in denen insgesamt nicht mehr als 20 Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen beschäftigt sind, ermäßigen sich die vorstehenden Sätze um 10 Proz. (§ 4 Ziffer 5 des Reichsttarifs).

organisiert, abhängt. Die Politik der Gewerkschaften darf nur eine Wirtschaft kennen, für die sich das ganze Volk als dienendes Glied einsetzt, damit von ihrer Prosperität alle Vorteile haben. Die Politik des Privatkapitalismus kennt nur Interessenten und Opfer. Diese beherrschen den Staat und ziehen aus ihm den Nutzen, jene sind die Objekte der Ausbeutung. Diese streifen die 700 Millionen Liebesgaben ein, jene erhalten sie -.

Daß das anders wird in der Republik, ist die historische Aufgabe der Arbeiterschaft. Damit wird dem sozialistischen Wirtschaftsideal der Weg geebnet: Hingabe des einzelnen für die Allgemeinheit, auch in der Wirtschaft. Wir werden ja hoffentlich bald erfahren, wie der 700-Millionen-Liebesgaben-Vertrag zustandekommt. Bieleicht werden wir hören, daß die Regierung sich schon 1923 dazu verpflichtet hatte, daß sie es tun mußte, um die Schwerindustrie zu einer Politik zu bewegen, die dem Reiche Westfalen und das Rheinland erhielt. Sollte das der Fall sein, so wäre die Ruhrenschädigungsaffäre ein typisches Beispiel für den Patriotismus der Schwerindustrie.

### Bundesausschuffung des ADGB.

Der Bundesausschuff trat am 27. Januar zu einer dreitägigen Konferenz zusammen. Der Bundesvorsitzende Geipart leitete die Verhandlungen ein mit einem Hinweis auf die erfolgte Neubildung der Reichsregierung im Zeichen des Rechtsblocks und die daraus sich ergebenden Gefahren für die Republik und die Arbeiterschaft. Aufgabe der Gewerkschaften sei es, die Republik gegen jeden Angriff zu verteidigen.

Sodann ehrte der Bundesausschuff das Andenken des verstorbenen Vorsitzenden des Böttchererverbandes, R. Winkelmann, durch Erheben von den Plätzen.

Den Geschäftsbereich des Bundesvorsitzenden erläuterte Hermann Müller. Die Gewerkschaften befinden sich wieder in fortschreitender Entwicklung, die sich zwar noch nicht aus der Statistik, aber aus zahlreichen Er-

fahrungen bestätigt. Auch die Gefahr der kommunistischen Zerstörung könne als überwunden betrachtet werden, dank des scharfen Eingreifens der Gewerkschaftsleitungen. Im Ortsauschuff Gotha habe der Bundesvorstand durch rasches Zugreifen eine Gesundung herbeigeführt. Die Gewerkschaftszeitung habe nach dem Abbau wieder die alte Höhe erreicht, die Gewerkschaftliche Frauen-Zeitung erscheine seit Januar dieses Jahres wieder und die wissenschaftliche Monatschrift „Die Arbeit“ habe sich gut eingeführt. Was das Jahrbruch erlebe sich eines steigenden Absatzes. Um so notwendiger sei aber nunmehr auch der Ausbau der Verwaltungseinrichtungen. Der Bauarbeiterchuff erfordere wieder einen besoldeten Sekretär. Auch die sozialpolitische Abteilung des Bundesvorstandes bedarf weiterer Kräfte, und von den Bezirken müsse vor allem der Freistaat Sachsen eine besoldete Kraft erhalten. Gegen die vom Ortsauschuff Bremen erfolgte Beitragsfestsetzung von 20 Pf. pro Monat hatte der Fabrikarbeiterverband wegen der Höhe und Begründung Einspruch erhoben. Der Bundesvorstand ersuchte diesen Einspruch als gerechtfertigt. Müller berichtete dann von den Verhandlungen der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf über den Achtstundentag und das Nachtarbeitsverbot in Bäckereien, über die Vorbereitungen für die diesjährige Heimarbeitersausstellung, über das Eingreifen des Bundesvorstandes in die Reichstagswahlen, über die Wahlen zum Reichsversicherungsamt, über die Verhandlungen zur Inanspruchnahme, über Arbeitsbeschaffung sowie über genossenschaftliche Beziehungen.

Nach längerer Aussprache wurde darüber ein Einverständnis erzielt, daß der Bundesvorstand bei der nächsten Internationalen Arbeitskonferenz in Genf im Sinne der Forderung des Verbandes der Rahmnamemittelarbeiter für das Nachtarbeitsverbot in Bäckereien eintrete. Der Einheitsbund des Bundesvorstandes in Sachen des Ortsauschuffes Bremen schloß sich der Bundesausschuff an.

Sodann berichtete Grachmann über die Beratungen der Kommission betr. Industriesverbände. Diese Kommission war nach dem Leipziger Gewerkschaftstongress eingeseht worden, um einen Organisationsplan auszuarbeiten





